



NEWSLETTER III/2011

NORD|SÜD *news*



Foto: © Knur Henkel

Nicht im Trockenen: Spargel aus den Wüsten von Peru

Peru ist der weltweit größte Spargelexporteur. Je näher man der Stadt Trujillo im Norden des Landes kommt, desto größer werden die grünen Felder, die sich links und rechts der Schnellstraße erstrecken. Es ist Spargelkraut, das sich sanft im Wind neigt. „Zuckerrohr, ein wenig Mais und Unmengen an Spargel wachsen hier. Wir müssen genau überlegen, welche Produkte wir anbauen, denn der Klimawandel ist spürbar“, erklärt Roberto Liendo. Der Mann von Anfang fünfzig ist ein Pionier des peruanischen Spargelanbaus. „Die Gletscher oben in den Anden schmelzen, die liefern uns das Wasser zum Anbau in der Wüste rund um Trujillo. Aber auch hier wird mittelfristig das Wasser knapp.“

Im kleineren der beiden Spargelanbaugebiete im Süden des Landes ist die Versorgung mit Wasser bereits problematisch. Ica ist der Name der 320

Kilometer südlich von Lima liegenden Provinzstadt, die umgeben ist von weitläufigen Feldern mitten in der Wüste. „Weintrauben, Spargel und andere Agrarprodukte werden dort en Gros angebaut, doch der Wasserhaushalt ist in den letzten Jahren vollkommen aus dem Gleichgewicht geraten“, klagt Perus Ende Juli aus dem Amt geschiedener Umweltminister Antonio Brack Egg. „Rund um Ica gibt es hunderte von illegalen Brunnen, die Grundwasser nach oben pumpen. Doch das Problem ist, dass seit Jahren der Grundwasserspiegel sinkt. Ica steht vor dem Ende, während die Anbauregion um Trujillo noch eine Perspektive hat.“ Allerdings wird auch die auf nicht mehr als 15 Jahre geschätzt. Den Spargelbauern im Norden des Landes attestiert Egg, der zuvor jahrelang für die Vereinten Nationen arbeitete, einen rationalen Umgang mit dem kostbaren Nass.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Nicht im Trockenen: Spargel aus den Wüsten von Peru S.1

Kommentiert

- | Entwicklung durch Export? S.2

Vorgestellt

- | Wael Akil, Antonio Lago S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Kenia: Dornige Geschäfte S.4
- | Honduras, Interview: Agrargewerkschaft nötig S.5

Aus Projekten und Kampagnen

- | China: Kontrolle der Spielzeugindustrie S.6
- | Bangladesch: Schule für Forderungen; Afrika: Landnahme S.7

Notiert

- | Brasiliientagung; Lehrerkontakte; Verletzte Rechte; Verbindliche Regeln; Menschenwürdige Arbeit; Impressum S.8

Fortsetzung von Seite 1



Kommentiert

Auf den weitläufigen Feldern von Marktführer Camposol wird Tropfen für Tropfen berieselt und nur das unbedingt nötige Wasser verwandt, wie Agrar-Ingenieur Victor Pat Ramos betont. Er ist der Leiter der Produktionsabteilung des peruanischen Agrarunternehmens und steht regelmäßig auf den Feldern, aber auch an den Staubecken. Dort wird die Wasserversorgung reguliert – nicht nur für Spargel, sondern auch für Mandarinen und Avocado, die im Umland von Trujillo angebaut werden. Der Anbau in der Wüste hat zahlreiche Vorteile: „Schädlinge sind seltener und lassen sich viel einfacher kontrollieren“, erklärt Pat Ramos in der firmeneigenen biologischen Forschungsstation, wo mit Chilischote und Co. gegen Schädlinge mobil gemacht wird. Innovation ist Trumpf in der Spargelzucht.

Rund um Trujillo sind in den letzten zwanzig Jahren etliche Tausend Arbeitsplätze neu entstanden. Gute Arbeitsplätze, wie Vertreter der Regierung betonen. Hier haben viele Menschen Arbeit gefunden, die aufgrund des Klimawandels in den Bergen der Anden keine Perspektive mehr sahen. Ihre Erzeugnisse werden nach Deutschland, Frankreich oder in die Schweiz verschifft. Allein die Ausdehnung der Anbauflächen für Spargel in den letzten Jahren soll zwischen 60.000 und 80.000 neue Jobs erbracht haben. Das sind deutlich mehr als im Bergbau, dem wichtigsten Wirtschaftssektor des Landes. Arbeitsunfälle sind selten, sagen die Unternehmer. Für das laufende Jahr erwartet das Land 500 Millionen US-Dollar an Exporteinnahmen aus dem Spargelexport. Gezahlt wird trotzdem nicht mehr als der Mindestlohn.

Huaca Santa Rosa ist froh über den Job auf den Feldern von Camposol. Seit zehn Jahren sticht der 44-jährige Vorarbeiter Spargel. Die Arbeitsbedingungen seien gut, auch eine Gewerkschaft gebe es bei Camposol, sagt der hagere Mann. Doch die interessiert ihn nicht besonders, er will vor allem seine Ruhe haben. Aus gutem Grund: Bei Camposol fungiert genauso wie bei Agrícola Viru eine Unternehmensgewerkschaft. Damit werde die Organisation der Arbeiter in unabhängigen Gewerkschaften unterlaufen, klagt Juan Herrera, der Sekretär der peruanischen Gewerkschaft der Landwirtschaftsarbeiter. Eine im Oktober 2010 erschienene Studie des Sozialwissenschaftlers Julio Gamero rechnet vor, wohin das führt: „Angestellte in Leitungsfunktionen verdienen mehr als dreißig mal so viel wie die einfachen Arbeiter“. Doch die unabhängigen Gewerkschaften stecken noch in den Kinderschuhen – genauso wie nachhaltige Konzepte für den Anbau von Spargel mitten in der Wüste.

Knut Henkel

 Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.

Entwicklung durch Export?

Der Anbau von Spargel in Peru scheint auf den ersten Blick eine echte Entwicklungsperspektive zu bieten: Ein ganzer Sektor brummt, und es gibt anscheinend viel Arbeit rund um den Spargel – besonders bei der Ernte und Verpackung. Ein kritisches Nachfragen ist jedoch angebracht.

In Ländern wie den Philippinen oder Paraguay, die schon früh auf Exportlandwirtschaft gesetzt haben, sind Hunger und Armut weit verbreitet, und die ländliche Bevölkerung wurde in die Slums der Städte getrieben. Große Gewinne werden von wenigen Akteuren eingestrichen. Einen guten Bewertungsrahmen bieten daher die Fragen des britischen Entwicklungssoziologen Henry Bernstein: Wer besitzt was? Wer macht was? Wer bekommt was? Und schließlich: Was geschieht mit den erwirtschafteten Gewinnen?

Grundlage zur Beantwortung dieser Fragen sind die Eckzahlen des größten Spargelanbauers vor Ort, des Konzerns Camposol. Das Unternehmen ist Großgrundbesitzer. Es besitzt nach eigenen Angaben 25.000 Hektar Land und beschäftigt in der Erntezeit etwa 10.000 Menschen. Damit ist der Spargelanbau im Vergleich beispielsweise zu paraguayischen Sojafeldern eine arbeitsintensive Branche. Das spezielle Klima ermöglicht zwei Ernten im Jahr – das sind zusammen jedoch nur zwei bis drei Monate arbeitsintensive Zeit. In den

restlichen neun bis zehn Monaten gibt es für viele Arbeiterinnen und Arbeiter keinen Lohn. Zudem sind die Einkommen laut aktueller Studie eines niederländischen Forschungsinstituts „Armuts-löhne“: Sie bieten den Menschen keine Zukunftsperspektive und halten sie weiter am Existenzminimum. Schließlich kontrolliert Camposol die gesamte Produktionskette. Das bedeutet im Normalfall, dass ein Großteil der Gewinne nicht in die lokalen Kreisläufe fließt und damit keine positiven Entwicklungseffekte für die lokale Bevölkerung hat.



Roman Herre

Was also geschieht mit dem erwirtschafteten Gewinn? Camposol hat trotz der hohen Einnahmeerwartungen aus dem Spargelexport aktuell eine „Verringerung einheitlicher Kosten“ angekündigt. Dies steht klassisch nicht gerade für Lohnerhöhungen, es bedeutet vielmehr weiteren Druck auf Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen. Dabei wurde das Unternehmen schon mehrfach bezichtigt, Arbeiterrechte zu missachten und die Bildung von Gewerkschaften zu verhindern. Juan Herrera von der peruanischen Agrargewerkschaft SITAG berichtet, die Arbeiter könnten nicht einmal die rechtlich verankerten Arbeitszeiten oder Pausen einfordern, da sie sonst sofort gefeuert würden.

Auch die Wasserproblematik betrifft nicht nur die Umwelt. Das Wasser ist knapp, und oft entscheiden Geld und Einfluss darüber, wer es nutzen darf. Die Kleinbauernorganisation Confederación Campesina del Perú hat bereits protestiert, weil ein großes Bewässerungsprojekt für den Spargelanbau den Bauern im Landesinneren das Wasser regelrecht abgrub. Ist diese Art von Entwicklung geeignet zur breitenwirksamen Armutsbekämpfung? Nicht nur in Sachen ökologischer, auch in Sachen sozialer Nachhaltigkeit ist Skepsis angebracht.

Roman Herre

 Der Autor ist Agrarreferent bei FIAN Deutschland.


Foto: © Knut Henkel

Teil der Produktionskette: Spargelfabrik in Peru



Wael Akil

Organisieren per Internet

„Jeden Tag schaue ich dem Tod ins Gesicht“, sagt Wael Akil. Der 31jährige übertreibt nicht, denn sein Job – er ist Angestellter der ägyptischen Strombetriebe – ist gefährlich: Er klettert jeden Tag auf Hochspannungsmasten. „Es passieren da sehr hässliche Unfälle, deswegen haben wir die Gewerkschaft gegründet. Wir ägyptischen Stromarbeiter brauchen eine Stimme!“, sagt er. Vor knapp zwei Jahren richtete er eine Facebookseite ein und begann, Mitglieder für seine „Unabhängige Gewerkschaft der Stromarbeiter Ägyptens“ zu sammeln. Die Seite wurde mehrfach zensiert, Wael Akil bekam Schwierigkeiten am Arbeitsplatz. Auch die Staatssicherheit wurde auf ihn aufmerksam. Unabhängige Gewerkschaften waren im Ägypten vor der Revolution nicht vorgesehen. Viel geändert hat sich daran bisher nicht. Alle Angestellten der staatlichen Betriebe sind automatisch Mitglied des offiziellen Gewerkschaftsbundes. „Die Gewerkschafter sollten ja eigentlich unsere Rechte gegenüber der Betriebsleitung oder dem Ministerium vertreten, aber sie taten genau das Gegenteil“, sagt Akil. Sie setzten die Interessen

der Regierung bei den Arbeitern durch. Während der Revolution in Ägypten haben Gewerkschaftsfunktionäre besonders gegen die Demonstranten gehetzt und sich sogar an den bewaffneten Angriffen auf dem Tahrirplatz beteiligt, das hat er selbst gesehen. Bei den Demonstrationen in Mahalla und später in Kairo war er dabei. Jetzt ist die Regierung von Hosni Mubarak gestürzt, doch Akil bleibt skeptisch: „Es gibt zwar einen Gesetzesentwurf, der den Weg zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften frei macht, aber noch ist er nicht beschlossen“. Die Vertreter der bisherigen Einheitsgewerkschaft wehrten sich vehement gegen das Gesetz und die Auflösung ihres Verbandes: „Sie haben Angst, dass wir dann ihre Akten öffnen und herauskommt, wie korrupt sie sind“, glaubt Akil. Er muss viel Überzeugungsarbeit leisten, dass Gewerkschaften auch anders sein können. Wenn er nachmittags nach Hause kommt, geht er online. Seine beiden Kinder spielen im gleichen Raum, denn ein Büro gibt es noch nicht. 30.000 Mitglieder hat der Stromarbeiter durch „social networking“ bereits gewonnen. „Das ist gut,



Foto: © Kathrin Sombold

Wael Akil

aber auch heikel, denn die Leute erwarten, dass ich etwas für sie tue“, sagt Akil. „Solange aber die Einheitsgewerkschaft existiert, können wir nicht offiziell auftreten.“

Julia Gerlach

 Die Autorin ist freie Journalistin in Kairo.

Antonio Lago

Eine Art Beschützerinstinkt

Dass er nicht wählen kann, ärgert ihn manchmal. Aber nicht so sehr, dass er sich einbürgern ließe: Antonio Lago, Betriebsratsvorsitzender bei der Chemiefirma Sasol Wax im Hamburger Hafen und seit 45 Jahren in Deutschland, bleibt Spanier. Im Betrieb, dessen Zentrale in Südafrika liegt, sei ein Migrationshintergrund normal, sagt der 54-jährige, den gebe es auch in der Geschäftsführung. Privat gibt es Brücken: Im Sommer hat Lago seinen Vater in Spanien besucht; der baut nach 30 Jahren im Hamburger Schiffsbau nun Wein an. Immer im Mai reist er mit einem Ex-Kollegen nach Barcelona: „Ich bin ein Formel-1-Fanatiker.“ Nur wenn er zu lange weg ist von Hamburg – dann kriegt der Spanier Heimweh.

Antonio Lago ist bis zur dritten Klasse in Spanien zur Schule gegangen. Schon als Knirps erfuhr er dort 1963 von der Verhaftung des Freiheitskämpfers Nelson Mandela im fernen Südafrika. Erst in der Hamburger Schule lernte er Deutsch – und traf seine spätere Frau. Nach einer Elektrikerlehre musste der Einwanderersohn, heute selbst Vater

eines 19-jährigen, zwei Jahre zum spanischen Militärdienst. Zurück in Hamburg, fand er Arbeit als Elektriker bei der Firma, die 1995 von dem südafrikanischen Petrochemieriesen Sasol gekauft wurde. Gleich 1980 trat Lago auch in die Gewerkschaft ein: „Ohne die hätten wir keine Tarifverträge, das habe ich damals schon verstanden.“ Zwei Jahre später wurde er in den Betriebsrat gewählt; seit 2002 sitzt er ihm vor. Lago engagiert sich gern für die Kollegen, zum Beispiel bei der Einführung von SAP-Software oder Teilzeitarbeit: „Ich habe so eine Art Beschützerinstinkt.“ Doch von seiner Arbeit als stellvertretender Werkstattleiter und dem Programmieren der Roboter, die er für die Freistellung aufgeben musste, erzählt er noch heute mit leuchtenden Augen. Südafrikas Kämpfe um Demokratie hat er verfolgt, doch in Sasolburg, wo die Konzernzentrale liegt, war Antonio Lago noch nie. Zu den Kollegen dort gibt es keinen Kontakt. Was sie über den Ethikkodex denken, mit dem Sasol seine Mitarbeiter seit 2009 auf die Firmeninteressen verpflichten will, weiß er nicht. Beziehungen knüpft die Gewerkschaft:



Foto: © Michael Kottmeier/agenda

Antonio Lago

Vor einigen Monaten hat eine südafrikanische Besuchergruppe der IG Bergbau Chemie Energie Sasols Wachsproduktion im Hamburger Hafen besichtigt. „Sie hat eine Gegeneinladung versprochen“, berichtet Lago.

Sigrid Thomsen



Dornige Geschäfte

Am Naivashasee, wo die meisten von Kenias Exportblumen angepflanzt werden, wächst der Unmut: Arbeiter beklagen Billiglöhne, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen und Umweltzerstörungen.

Von der Hauptstraße, die den Naivashasee in Kenias Rift Valley umrundet, ist die Karuturi-Farm nicht zu übersehen. Ein Gewächshaus des indischen Konzerns reiht sich ans nächste. Bunte Schilder weisen auf die firmeneigene Schule, die Krankenstation oder auch das nächste Heimspiel des Werksvereins Sher Karuturi hin. Kaum eine andere Blumenfarm in Naivasha, Kenias Blumen-Dorado, gibt sich so vorbildlich. Aber was in den Gewächshäusern, die von hohen Hecken vor neugierigen Blicken geschützt sind, genau passiert, hält die Firmenleitung geheim. Besuche sind nicht gestattet.



Foto: © Marc Engelhardt

Gewächshäuser in Naivasha

Doch unzufriedene Arbeiter reden offen über die fragwürdigen Arbeitsumstände auf der Großfarm, solange nicht ihr voller Name gedruckt wird. John etwa ist erst vor zwei Jahren nach Naivasha gekommen, als der große Boom schon vorbei war. „Ich bekomme von Karuturi immer nur Verträge über ein paar Monate, pro Monat bekomme ich 2.700 Schillinge Gehalt ausgezahlt.“ Umgerechnet 27 Euro sind das – 20 Euro weniger als der gesetzlich festgelegte Mindestlohn. Weil John keine



Foto: © Marc Engelhardt

Wichtige Devisenquelle: Blumenzucht

Langzeitverträge kauft, profitiert er nicht von den sozialen Einrichtungen der Firma und hat keinen Anspruch auf eine Werkswohnung. „Das geht den meisten Neuen hier so, wir schlagen uns irgendwie durch.“ Für das spärliche Geld arbeitet John täglich zwölf Stunden hart und setzt zudem seine Gesundheit aufs Spiel. „Unsere Uniformen sind oft zerrissen, und Schutzhelme oder Brillen, die beim Spritzen mit Pestiziden die Augen schützen sollen, gibt es nicht genug.“ Für Johns Aussagen gibt es Belege, Fernsehaufnahmen etwa, die kenianische Reporter heimlich auf der Farm gedreht haben. Geändert hat das nichts, weiß der Journalist Silas Mwititi: „Die Regierung will auf keinen Fall die Blumenfarmer verärgern; was immer die wollen, wird gemacht.“

Blumen sind in Kenia Big Business: nach dem Tourismus ist der Export von Rosen und anderen Schnittblumen die wichtigste Devisenquelle. Hunderttausend Tonnen jährlich wurden in den vergangenen Jahren im Schnitt nach Europa ausgefliegen, Deutschland ist eines der wichtigsten Zielländer.



Foto: © Marc Engelhardt

Einige Farmer nehmen Umweltschutz ernst: Zucht von Milben-Fressfeinden bei Kordes

Allein die 57 Blumenfarmen rund um den Naivashasee beschäftigen 60.000 bis 100.000 Menschen direkt. Die indirekten Arbeitseffekte schätzt der Unternehmerverband Kenya Flower Council auf zwei Millionen. Die Farmer stehen nach eigener Aussage zunehmend unter Druck: zahlreiche Dürren, starke Wechselkursschwankungen, steigende Frachtpreise und die seit Beginn der Weltwirtschaftskrise fallende Nachfrage hätten die Branche hart getroffen. Gewerkschafter hingegen werfen den Arbeitgebern vor, die Wirtschaftskrise nur als Vorwand für Einsparungen zu nutzen. „Wir sehen das in der Teeindustrie, wo 10.000 Pflücker entlassen wurden – in Wirklichkeit nicht wegen der Krise, sondern weil Pflückmaschinen angeschafft worden sind“, so Joshua Oyuga, Schatzmeister der mächtigen Landarbeiter-Gewerkschaft. „Wenn die Arbeitgeber weiterhin so tun, als ob es ihnen schlecht ginge, gibt es Krieg.“

In die Kritik geraten die Blumenzüchter zudem immer wieder, weil viele ihre Profite auf Kosten der Naturressourcen machen. „Der Naivashasee war das neunte Weltwunder; jetzt ist er eine dreckige, schmierige, giftige Kloake“, sagt Naturschützer Don Turner, der den See seit fünfzig Jahren kennt. Einzelne Farmen, betont er, nähmen Umweltschutz durchaus ernst – das Hamburger Unternehmen Kordes etwa, das Regenwasser nutzt und soziale Standards erfüllt. Andere hingegen hätten selbst die wenigen Versuche, den



Foto: © Marc Engelhardt

Abgepackt: Rosen für eine Auktion

See zu schützen, torpediert – und das, obwohl wegen der Farmen die Zahl der Bewohner seit 1960 von 3.000 auf eine halbe Million gestiegen ist. Eine funktionierende Kläranlage etwa gibt es in Naivasha nicht. „Ein 2004 verabschiedeter Managementplan für den See, der das Abwasserproblem lösen sollte, wurde von drei vollkommen unbekanntenen Männern vor Gericht angefochten.“ Turner forschte nach – und fand heraus, dass die Männer von Sher bezahlt wurden, dem Unternehmen, das heute Karuturi heißt.

Marc Engelhardt

Der Autor ist freier Journalist in Genf.



Agrargewerkschaft nötig

Germán Zepeda, 51 Jahre alt, arbeitet in der Gewerkschaftszentrale von San Pedro Sula, der Wirtschaftsmetropole von Honduras. Er war früher beim Chiquita-Konzern beschäftigt und ist seit 1994 Präsident der Koordination der Bananen- und Agroindustriellen Gewerkschaften von Honduras (Cosibah), die auch gegen den Einsatz von Pestiziden auf Plantagen eintritt.

licher Ebene in den Anbauregionen aktiv. Es geht uns nicht nur darum, die Arbeiter zu organisieren und ihre Interessen und Rechte zu vertreten, sondern auch um soziale und politische Alternativen.

Gehört dazu auch der Einsatz für die Umwelt?

Der exorbitante Pestizideinsatz ist für uns ein wichtiges Thema, denn Tausende von Arbeitern



Foto: © Knut Henkel

Germán Zepeda will schlagkräftige Agrargewerkschaften.

Mit der stundenweise vergebenen Arbeit können die Arbeitgeber den Mindestlohn unterlaufen, sich um die Sozialabgaben drücken und obendrein das Recht auf gewerkschaftliche Organisation aushebeln. Stundenweise Arbeiter haben keinerlei Rechte; dem Lohndumping sind Tür und Tor geöffnet. Für die Gewerkschaftsbewegung ist das ein harter Schlag.

Was heißt es für die Organisation?

Im Bananen- oder besser dem Plantagensektor macht es keinen Sinn mehr, auf Ebene der Betriebe zu agieren. Wir brauchen schlagkräftige Gewerkschaften mit einer agroindustriellen Ausrichtung. Da liefert die kolumbianische Sintrainagro ein wegweisendes Beispiel. Davon sollten wir in Honduras lernen und Wege finden, wie wir auch Arbeiter, die nur stundenweise arbeiten, integrieren können.

Das Gespräch führte Knut Henkel, freier Journalist in Hamburg.



Foto: © Knut Henkel

Betriebsgewerkschaften können ihre Interessen nicht mehr vertreten: Bananenarbeiter in Honduras

Herr Zepeda, in welche Richtung entwickeln sich die Bananengewerkschaften in Lateinamerika?

Ihr Einfluss nimmt ab, weil die großen Fruchtkonzerne sich schrittweise aus der Produktion zurückziehen. Chiquita, Dole, Del Monte, um nur die größten drei zu nennen, unterhalten heute deutlich weniger Plantagen in der gesamten Region. Früher hatte die Gewerkschaft der Chiquita-Arbeiter von Honduras, Sitraterco, fast 9.000 Mitglieder – heute sind es nur noch knapp 2.000. Es gibt mehr Plantagen, die von privaten Unternehmen geführt werden, und es gibt auch eine ganze Reihe von Plantagen, die umgewandelt wurden – zum Beispiel in Palmölplantagen.

Honduras, Guatemala oder auch Costa Rica gelten nicht gerade als gewerkschaftsfreundliche Länder. Wie wirkt sich das aus?

Im Süden von Guatemala, aber auch in Honduras hat es in den letzten Monaten mehrfach Mordanschläge auf und auch Morde an Gewerkschaftsvertretern gegeben. Das schreckt sicherlich Arbeiter ab. Das ist auch das Kalkül solcher Anschläge, denn die Gewerkschaften sind auf unterschied-

sind aufgrund der hochgiftigen Pestizide steril und leiden unter Folgeerkrankungen. Deshalb plädieren wir dafür, möglichst wenige chemische Schädlingsbekämpfungsmittel einzusetzen.

Mit Erfolg?

Teils, teils. Auf manchen Farmen ist der Einsatz von Clorpirifos gesunken, in anderen nicht. So heißt das Pestizid, mit dem man die Säcke behandelt, die über die Fruchtstände gestülpt werden. Seit einigen Monaten setzt Chiquita wieder behandelte Plastikbeutel gegen die Insekten ein. Das finden wir nicht gut. Wir fürchten, dass die Gesundheit der Arbeiter erst an zweiter Stelle kommt.

Müssen diese Beutel denn mit Schädlingsgiften versehen werden?

Es gibt Plantagen, die auch ohne auskommen.

In Honduras wurde vor ein paar Monaten ein neues Arbeitsgesetz verabschiedet, das Stundenarbeit ermöglicht. Was bedeutet das für die Arbeiter?



Foto: © Knut Henkel

Gesundheitsschädlich: Pestizide in Plastiktüten



Kontrolle der Spielzeugindustrie

Spielwaren aus China stehen wegen gesundheitsschädlicher Inhaltsstoffe immer wieder in der Kritik. Doch was Kindern schadet, gefährdet auch die, die sie herstellen.

Arbeitsrechtsorganisationen werfen den Unternehmen der Branche schwerwiegende Verstöße gegen Sozialstandards und Menschenrechte vor. Eine neue Untersuchung in fünf chinesischen Fabriken hat das erst kürzlich wieder bestätigt. Die darin Befragten klagen vor allem über die extrem langen Arbeitszeiten bis 14 Stunden täglich an sieben Tagen pro Woche. Ihre Löhne liegen meist noch unterhalb des ohnehin schon unzureichenden staatlichen Mindestlohns; Überstunden werden oft nicht angemessen bezahlt. Übermüdung und unzulängliche Arbeitsschutzvorkehrungen erhöhen die Verletzungsgefahren: Arbeiter berichten über Schnittwunden, Verätzungen und Augenverletzungen. Viele fürchten Langzeitschäden, etwa Lackierer, die ohne Schutzmaske arbeiten müssen. Sie wollen mehr Aufklärung über den Umgang mit gefährlichen Stoffen. Auch die Bedingungen in den Fabrikwohnheimen der Wanderarbeiter sind häufig nicht zumutbar.



Foto: © Uwe Kleinert (Werkstatt Ökonomie)/Miseror

Zum Lackieren braucht man Schutzkleidung.

Das alles verstößt auch gegen chinesisches Recht. Doch die Behörden bleiben oft untätig. Arbeiter und Arbeiterinnen haben nur wenige Möglichkeiten, ihre Rechte durchzusetzen. Streikrecht gibt es in China nicht; die einzige zugelassene Gewerkschaft wird von der Kommunistischen Partei gesteuert. Wenn sich Belegschaften auf Unterneh-

mensebene eine Vertretung wählen, müssen sie ihr beitreten. Unternehmen, die in einem solchen Umfeld tätig werden, tragen eine besondere Verantwortung, die sich auch auf ihre Zulieferer erstreckt. Deshalb fordert die Aktion „fair spielt“



Aufklärung über gefährliche Stoffe verlangt: Arbeiterinnen in der Elektromontage

Hersteller und Handel auf, entlang ihrer Lieferkette menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Vor zwölf Jahren vom katholischen Hilfswerk Misereor angestoßen, setzt sie sich heute im kritischen Dialog mit dem Weltverband der Spielzeugindustrie (ICTI) dafür ein, dass dessen Verhaltenskodex auch umgesetzt wird. Auf ihn hatten sich die Mitglieder des Weltverbandes Mitte der 90er Jahre nach zwei verheerenden Fabrikbränden verständigt. Seit 2003 wird seine Umsetzung im Rahmen des so genannten ICTI CARE-Prozesses kontrolliert. Fabriken ohne Beanstandungen erhalten ein Zertifikat, das jährlich erneuert werden muss.

Der von der Heidelberger „werkstatt ökonomie“ koordinierten Aktion geht es dabei um Transparenz. Ihr Dialog mit den Unternehmen soll die Zuverlässigkeit der Fabrikkontrollen verbessern und verhindern, dass deren Ergebnisse durch Betrugereien und Bestechung verfälscht werden. Außerdem sollen die Arbeiter über ihre Rechte aufgeklärt und an den Kontrollen beteiligt werden, zum Beispiel durch ein Beschwerdeverfahren. Nicht nur die direkten Zulieferer sollen in das Programm einbezogen werden, sondern auch nachgeordnete Auftragnehmer, damit dort nicht weiter unter menschenunwürdigen Bedingungen gearbeitet werden kann. Im Vorstand des Kontrollprozesses sollen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen mehr Mitsprache haben. Und ganz

zentral: Die Selbstverpflichtungen der Abnehmerfirmen, nur noch in Fabriken mit einem Zertifikat einzukaufen, müssen überprüft werden. Es sollte offen gelegt werden, welche Unternehmen ihre Selbstverpflichtung einhalten – und welche nicht.

In einigen dieser Punkte gab es bereits Fortschritte, etwa bei der Information und Schulung der Arbeitenden. Für Beschwerden wurde eine Hotline eingerichtet. Im Vorstand sind heute mehr Industrieunabhängige vertreten als noch vor wenigen Jahren. Aber vor allem in einem Punkt stehen sich

die Gesprächspartner unversöhnlich gegenüber: bei der Kontrolle der Selbstverpflichtungen. Diesem Ansinnen scheinen sich maßgebliche Akteure im Verband vehement zu widersetzen. Ein möglicher Grund: Um beurteilen zu können, welches Unternehmen welchen Anteil seiner Produktion von kontrollierten Zulieferern bezieht, müsste von den Firmen die Offenlegung aller Lieferanten verlangt werden. Das berührt offenbar zentrale Geschäftsinteressen der Firmen – und an dieser Stelle ist dann, so sieht es aus, Schluss mit freiwilliger Unternehmensverantwortung.

Uwe Kleinert

Der Autor ist Koordinator der Aktion „fair spielt“.



Nicht zumutbar: Schlafräum im Wohnheim der Fabrik



Schule für Forderungen

Bangladesch ist einer der Hauptlieferanten für in Deutschland verkaufte Kleidung. Die sie herstellen – zu 85 Prozent Frauen – arbeiten extrem lange und bekommen dafür nur Armutslöhne.

In ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen müssen Arbeiterinnen verbale und physische Angriffe ertragen. Sozialleistungen, sanitäre Anlagen, Arbeits- oder Gesundheitsschutz gibt es nicht. „Um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, ist eine konkrete internationale Solidarität notwendig“, sagt Amirul Haque Amin, Generalsekretär der National Garment Workers Federation (NGWF), eine der zentralen Gewerkschaften des Sektors. Zu diesem Zweck unterstützt das DGB Bildungswerk BUND seit Mai ein Projekt mit der NGWF, um Organisierung und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten der Bekleidungsindustrie zu verbessern. Die Gewerkschaft in Bangladesch identifiziert dabei Zulieferer großer europäischer Einzelhandelsunternehmen und untersucht deren Arbeitsbedingungen. Das Ergebnis dieser Forschung nutzt sie bei Bildungsveranstaltungen: Dabei werden Beschäftigte über



Foto: © NGWF

Gewerkschaft fordert Hilfe von der Regierung.

ihre Rechte informiert und formulieren gemeinsam Probleme und Forderungen gegenüber den lokalen Betrieben und den Einzelhandelsunternehmen, die die Kleidungsstücke abnehmen. Innerhalb eines Jahres werden so etwa 600 Beschäftigte geschult. Sie werden unterstützt von Betriebsräten aus Einzelhandelsunternehmen in Deutschland, die ihre Forderungen gegenüber den Unternehmen aufnehmen und Druck ausüben. Ein zentrales Anliegen des Projektes war von Anfang an, offensiv gegen eine weit verbreitete Einschüchterungspraxis der Arbeitgeber in den Bekleidungsfabriken vorzugehen: Wenn Beschäftigte die Einhaltung ihrer

Rechte fordern, werden sie einfach entlassen. Das traf mehr als 400 Arbeiterinnen und Arbeiter in aktuellen Arbeitskonflikten bei den fünf Unternehmen Onyx Knitex, Alana Garments, Benson Apparels, Riz Fashion und Aditi Apparels in Dhaka. Sie hatten sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen gewehrt, beispielsweise um Monate verspätete Lohnzahlungen, fehlenden Mutterschutz und Arbeitsverträge. All das verstößt gegen geltendes Arbeitsrecht in Bangladesch. Zwei der Unternehmen zahlten außerdem weniger als den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn.

Darüber hatte die NGWF schon mehrfach vergeblich mit dem Arbeitgeberverband BGMEA, in dem alle Unternehmen Mitglieder sind, verhandelt und bei der Regierungsbehörde zu jedem der Konflikte eine Beschwerde eingereicht. Im Juli protestierten dann etwa 200 Arbeiterinnen und Arbeiter in Dhaka mit einem symbolischen Hungerstreik gegen das Vorgehen der fünf Unternehmen. Ihre Protestkampagne hat inzwischen bereits in zweien der fünf Konflikte zu einem Abschluss geführt, mit dem beide Seiten leben können: Die entlassenen Beschäftigten haben ihre noch ausstehenden Löhne und zumindest eine bescheidene Abfindung erhalten.

Heiner Köhnen



Der Autor arbeitet für das Netzwerk Transnational Information Exchange (TIE).

Landnahme

Während Hilfsorganisationen Nahrungsmittel zu den Hungernden am Horn von Afrika zu bringen versuchen, wird auf Afrikas Äckern immer mehr für den Rest der Welt angebaut.

In Äthiopien wächst Reis für Saudi-Arabien, in Mali baut ein chinesisches Unternehmen Zucker an, Tansania setzt auf Energiepflanzen für Agrartreibstoffe. Die Regierungen der entsprechenden Länder verkaufen das Land für solche Produktion gleich mit. Bis zu 50 Millionen Hektar Ackerland in Afrika, Asien und Lateinamerika sollen seit 2006 bereits an ausländische Investoren verkauft oder für Jahrzehnte verpachtet worden sein. Weil es kleinen Bauern dann nicht mehr zugänglich ist, nennen Nichtregierungsorganisationen diese Transaktionen „Land Grabbing“, Landklau – und machen dagegen mobil. Organisationen von Kleinbauern und soziale Bewegungen setzen sich für die Unterstützung von Kleinbetrieben und kommunalen Agrarsystemen sowie Landreformen ein. Das Netzwerk Inkota hat die Bundesregierung aufgefordert, Landrechtsfragen bei Verhandlungen



Protest des Green Belt Movement in Kenia gegen „Land Grabbing“ im Spring Valley

mit Entwicklungsländern zu thematisieren. Das UN-Komitee für Welternährungssicherheit will bis zum Jahresende Leitlinien für den Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen vorlegen, an denen sich Politiker und Investoren orientieren können. Menschenrechtsorganisationen wie FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) oder das katholische Hilfswerk Misereor wollen darin „verbindliche Pflichten zur Verhinderung und

Ahndung von Landraub formuliert“ wissen, wie es in ihrer Veröffentlichung „Tatort Acker“ heißt. Das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt will am Welternährungstag am 16. Oktober Lobbybriefe und Postkarten mit dem Titel „Wer will schon Hunger tanken?“ an die Bundesregierung übergeben.



Weitere Informationen: www.land-grabbing.de

Foto: © afrosuming/Juliana Rotich, cc. v2.0



Brasiliertagung

Zum Austausch von Erfahrungen und Plänen treffen sich im November wieder Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder aus Deutschland und Brasilien zu einer Tagung des Brasilien-Netzwerks in Hattingen. Dabei sollen Informationen über die jeweiligen Arbeitsbedingungen weitergegeben und die bereits arbeitenden Unternehmensnetzwerke ausgebaut werden. Kolleginnen und Kollegen aus Betriebsräten und aus den Gewerkschaften IG Metall, IG Bergbau Chemie Energie und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft können sich für diesen Termin schon jetzt verbindlich vormerken lassen. Auch wer ein ähnliches Netzwerk noch gründen will, kann an der Tagung vom 11. bis 13. November teilnehmen. Da die Platzzahl begrenzt ist, ist ein hohes Maß an Verbindlichkeit erforderlich. Die Kosten für Übernachtung und Verpflegung übernimmt das Nord-Süd-Netz. Das Programm wird Anfang Oktober verschickt.



Weitere Informationen: www.nord-sued-netz.de

Lehrerkontakte

Eine gemischte Bilanz zog die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Anfang August nach dem Abschluss des sechsten Weltkongresses der Bildungsinternationale in Kapstadt: Ihr Antrag zum Kampf gegen Kinderarbeit als Voraussetzung für das Erreichen des Millenniumsziels „Bildung für alle“ war vom Kongress angenommen worden, ebenso Erklärungen zum Klimaschutz durch regenerative Energien und gegen Studiengebühren.



Foto: © Manfred Brinkmann/GEW

Kontakt in Kapstadt: Ashfr El Hefny und Ulrich Thöne

Positiv wertet die GEW auch die Stärkung bilateraler internationaler Beziehungen. Dazu gehört ein Treffen ihres Vorsitzenden Ulrich Thöne mit dem Generalsekretär der neuen unabhängigen ägyptischen Lehrergewerkschaft ISTT, Ashfr El Hefny. Die 2010 gegründete Organisation gehört seit März zur Bildungsinternationalen und plant

für den Oktober einen Kongress in Kairo zur Zukunft der Gewerkschaft. Sie sei mit der doppelten Herausforderung konfrontiert, gleichzeitig die neue Gewerkschaft und eine demokratische Gesellschaft in Ägypten aufzubauen, sagte El Hefny in Kapstadt. Der Wermutstropfen: Im neuen Vorstand der Bildungsinternationale ist die GEW nicht mehr vertreten.



Weitere Informationen: www.gew.de

Verletzte Rechte

Regierungen im Nahen Osten haben im vergangenen Jahr ihre Bevölkerungen daran zu hindern versucht, ihre wirtschaftliche Situation durch Gewerkschaften und Tarifverhandlungen zu verbessern. Von entsprechenden Repressionen berichtet die im Juni veröffentlichte „Jährliche Übersicht“ des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten in insgesamt 143 Ländern zählt. In Ägypten werden Entlassungen, Polizeigewalt und Verhaftungen im Zusammenhang mit unabhängigen Gewerkschaften und Streiks dokumentiert. Verhaftungen und Gewalt gegen unabhängige Gewerkschafter hat der IGB in den letzten Monaten auch in Bahrain verfolgt. Zu den globalen Trends gehörten 2010 der Missbrauch von Wanderarbeitskräften und die Ausbeutung von Frauen in Freien Exportzonen. Die größten Gefahren drohten organisierten Arbeitenden auch 2010 in Lateinamerika. Von weltweit 90 ermordeten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern kamen 49 aus Kolumbien. Weltweit registriert der Bericht mindestens 2.500 Verhaftungen und 5.000 aufgrund der Gewerkschaftsarbeit Entlassene.



Weitere Informationen: www.ituc-csi.org

Verbindliche Regeln

Verbindliche Regelsysteme für das Verhalten von Unternehmen im Ausland will das europäische Netzwerk Coalition for Corporate Justice (ECCJ) bei der Europäischen Union erreichen. Rechtzeitig vor einer im Herbst erwarteten Mitteilung der EU zu diesem Thema hat das Netzwerk im Juli eine von 73.000 EU-Bürgern unterschriebene Petition dem Industriekommissar der EU in Brüssel übergeben. Die Eingabe unter der Überschrift „Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen“ wurde auch von 140 EU-Parlamentsabgeordneten unterzeichnet. „Die Bürger und Parlamentarier wollen von der EU bessere Richtlinien, damit Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen haftbar gemacht werden können und damit Betroffene

ihr Recht in der EU einklagen können“, erläuterte die Koordinatorin der Kampagne in Deutschland, Johanna Kusch in einer Pressemitteilung. Außerdem solle die EU für mehr Transparenz bei europäischen Unternehmen sorgen. In Deutschland wird die Kampagne von Germanwatch und dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung getragen.



Weitere Informationen: www.rechtfuermenschen.de

Menschenwürdige Arbeit

Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechtsorganisationen rufen für den 7. Oktober 2011 zum Aktionstag für menschenwürdige Arbeit auf. Zentrale Themen sollen prekäre Beschäftigungsformen ohne Sicherheit und Sozialleistungen sowie eine globale Regulierung des Finanzsektors sein. „Nachdem sie bereits für die Rettung der Banken gezahlt haben, werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt erneut für die Krisenbekämpfung zur Kasse gebeten, da durch die Kürzungen im öffentlichen Dienst unerlässliche Leistungen und Zuschüsse vermindert beziehungsweise gestrichen werden“, kritisierte Sharan Burrow, die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). 2010 wurden 430 Aktionen in 98 Ländern gezählt. In verschiedenen Ländern wird es auch in diesem Jahr um weitere Themen gehen. Wer sich am Aktionstag beteiligen möchte, wird gebeten, seine Aktion auf der Internetseite des IGB einzutragen:



www.wddw.org

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Sigrid Thomsen
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

BMZ

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung